

Pressemitteilung

Finanzindustrie befürwortet Weiterentwicklung der Währungsunion

Umfrage: Mehrheit plädiert für eine europäische Reformagenda, die über EU-Grundlagenvertrag hinausgeht

FRANKFURT, 20. Juli 2015. Rund 70% der Entscheidungsträger aus der deutschen Finanzbranche sprechen sich dafür aus, die politische und fiskalische Zusammenarbeit in der Europäischen Währungsunion zu vertiefen. Das ergab eine Umfrage des Center for Financial Studies unter Entscheidern aus Finanzinstituten und Dienstleistungsunternehmen am Finanzplatz Deutschland. Eine große Mehrheit der Umfrageteilnehmer hält die Zielsetzung, die kürzlich in einem Papier der „fünf Präsidenten“ – Jean-Claude Juncker (EU-Kommission), Donald Tusk (Euro-Gipfel), Jeroen Dijsselbloem (Euro-Gruppe), Mario Draghi (EZB) und Martin Schulz (EU-Parlament) – formuliert wurde, im Großen und Ganzen für den richtigen Weg nach vorne. Eine Mehrheit von 55% der Umfrageteilnehmer plädiert zudem für eine europäische Reformagenda, die über den derzeitigen EU-Grundlagenvertrag hinausgeht. Mehr als zwei Drittel der Befragten halten es für sinnvoll, die von den Präsidenten vorgeschlagene Agenda spätestens bis zum Jahr 2025 umzusetzen.

„Es ist ein wichtiges Zeichen in der derzeit schweren Krise in Europa, dass einer Politik zur Weiterentwicklung der Währungsunion von Seiten der deutschen Finanzindustrie der Rücken gestärkt wird, selbst dann, wenn dadurch eine Änderung des EU-Grundlagenvertrags notwendig würde“, kommentiert Prof. Dr. Jan Pieter Krahen, Direktor des Center for Financial Studies und wissenschaftlicher Leiter der Umfrage, die Ergebnisse.

Die fünf Präsidenten hatten am 22. Juni einen Vorschlag zur Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) Europas vorgelegt. Zur Weiterentwicklung der Europäischen Währungsunion schlugen die Präsidenten konkrete Maßnahmen vor, die in drei Stufen bis zum Jahr 2025 umgesetzt werden sollen.

Deutsche Finanzindustrie sieht europäische Einlagensicherung kritisch

Als Teil der ersten Stufe zur Umsetzung konkreter Maßnahmen sieht das Papier unter anderem vor, ein europäisches Einlagensicherungssystem zügig in den kommenden Jahren umzusetzen. Mehr als die Hälfte der Umfrageteilnehmer (55%) hält diesen isolierten Vorstoß nicht für sinnvoll.

Fast genauso viele Befragte (53%) sprechen sich auch gegen eine Umsetzung der europäischen Einlagesicherung im Rahmen einer Paketlösung aus, die weitere Maßnahmen im Hinblick auf eine fiskalische und politische Union in Europa umfassen könnte.

Weitreichende Reformen hin zu einer fiskalischen und politischen Union in Europa bedürfen einer Änderung des EU-Grundlagenvertrags, was eine Zustimmung der nationalen Parlamente bzw. eine Volksabstimmung in den jeweiligen Mitgliedsländern voraussetzt. 55% der befragten Finanzinstitute und Dienstleister sind der Meinung, dass eine weitreichende Reformagenda, die über die derzeitigen Verträge hinausgeht, sinnvoll ist. Knapp ein Drittel (29%) befürchtet hingegen, dass eine solche Reformagenda scheitern könnte, wenn die Mitgliedsländer sich nicht auf eine gemeinsame Vertragsänderung einigen können und sind deshalb der Ansicht, die Reformen innerhalb der bestehenden Verträge umzusetzen. 16% der Umfrageteilnehmer sprechen sich ebenfalls dafür aus, innerhalb der derzeitigen Verträge zu bleiben, da ihrer Meinung nach mehr Integration in Europa nicht notwendig sei.

Die Agenda zur Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion Europas soll laut Plan der Präsidenten bis zum Jahr 2025 umgesetzt werden. Rund 43% der Umfrageteilnehmer halten diesen Zeitraum für angemessen. Rund ein Viertel der Teilnehmer (27%) plädiert dafür, die vorgeschlagenen Maßnahmen schon früher umzusetzen, während rund 30% den Zeithorizont für zu knapp halten.

Die Ergebnisse basieren auf einer vierteljährlich vom Center for Financial Studies durchgeführten Managementbefragung unter rund 400 Unternehmen des Finanzstandortes Deutschland (Rücklauf im Durchschnitt: 50 Prozent).

Das Center for Financial Studies (CFS) betreibt unabhängige und international orientierte Forschung in allen wesentlichen Themenfeldern der Finanzmärkte, Finanzinstitutionen und Monetären Ökonomie: von Finanzstabilität und Bankenregulierung über Wertpapierhandel und -bewertung auf Finanzmärkten, Portfolioentscheidungen von Haushalten und Recht und Ökonomie von Finanzorganisationen bis hin zu Geldpolitik und Ökonomie von Finanzmärkten. Das CFS leistet, unter Verwendung relevanter Erkenntnisse aus seinen Forschungsbereichen, einen Beitrag zu politischen Debatten und Analysen. Es greift für seine Forschungsprojekte und Politikberatung auf ein Netzwerk aus Wissenschaftlern und Persönlichkeiten aus Finanzindustrie und Zentralbanken in- und außerhalb Europas zurück.

Wir danken der Helaba Landesbank Hessen Thüringen für die finanzielle Förderung des Projekts.

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

Sebastian Frontczak
Center for Financial Studies
House of Finance
Goethe-Universität Frankfurt
E-Mail: frontczak@ifk-cfs.de
Tel.: (069) 798-30043
www.ifk-cfs.de/cfs-index